Stämpflis juristische Lehrbücher

Arthur Meier-Hayoz †
Peter Forstmoser

Schweizerisches Gesellschaftsrecht

Mit neuem Aktien- und Handelsregisterrecht

13. Auflage



Seit der letzten Auflage dieses Buches ist eine Reihe von wichtigen Gesetzesänderungen in Kraft gesetzt worden, allen voran die umfassende Erneuerung des Aktienrechts mit über 160 geänderten oder neuen Artikeln. Vollständig revidiert wurde auch das Handelsregisterrecht. Änderungen unterschiedlichen Umfangs finden sich etwa bei der GmbH und der Genossenschaft, beim Verein und bei der Stiftung sowie im Rechnungslegungsrecht. Dies und die Entwicklungen in Lehre und Praxis machten eine Neubearbeitung des längst zum Standardwerk gewordenen Lehrund Handbuchs erforderlich.

Mit der Neuauflage liegt eine umfassende Darstellung des Schweizer Gesellschaftsrechts und seiner Nebengebiete auf dem neuesten Stand vor. Dabei blieb die Zielsetzung trotz zahlreicher Änderungen und Ergänzungen unverändert: Das Buch soll Grundlage für das Studium und zugleich auch erste Auskunftsstelle für den Praktiker sein.

Arthur Meier-Hayoz †

Dr. iur., em. Professor der Universität Zürich

Peter Forstmoser

Dr. iur., em. Professor der Universität Zürich

Schweizerisches Gesellschaftsrecht

Mit neuem Aktien- und Handelsregisterrecht

13. Auflage



Zitiervorschlag: Meier-Hayoz/Forstmoser, Gesellschaftsrecht 13. A.

Stand der Bearbeitung: 1. Juli 2023

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2023 www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-2238-2

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-2237-5



Vorwort zur 13. Auflage

1974 ist dieses Buch – verfasst von Arthur Meier-Hayoz und dem Unterzeichneten sowie Peter Isler als Mitarbeiter – erstmals erschienen, mit dem Titel «Grundriss des schweizerischen Gesellschaftsrechts». Wie so viele Lehrbücher war es aus Vorlesungsunterlagen entstanden. Es umfasste 292 Seiten, einschliesslich des Vorworts und aller Verzeichnisse. Seither nahm der Umfang kontinuierlich zu, bis auf gut 1000 Seiten in der Vorauflage. Dieser Umfang musste in der vorliegenden Auflage nur wenig überschritten werden, was allerdings nicht nur Streichungen von obsolet gewordenen Ausführungen, sondern auch einige zusätzliche Kürzungen im weiterhin aktuellen Text bedingte.

Die im Herbst 2018 erschienene Auflage ist in Koautorschaft des Verfassers mit seinem Kollegen Rolf Sethe verfasst worden, der auf eigenen Wunsch nicht mehr mitwirkt. Der Autor dankt ihm und seinen damaligen Assistenten nochmals für ihre wertvollen Beiträge, mit denen die Publikation nicht nur auf den neuesten Stand gebracht wurde, sondern auch vielenorts Ergänzungen und Vertiefungen erfuhr.

Obschon inzwischen keine fünf Jahre vergangen sind, musste das Buch erneut gründlich überarbeitet und in verschiedenen Abschnitten neu geschrieben werden; denn das Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht ist ein *moving target* geblieben.

Im Zentrum standen in der letzten Zeit die *Revision des Aktienrechts* mit grösseren und kleineren Änderungen und Neuerungen in mehr als 150 Gesetzesartikeln, von denen die meisten Anfang 2023 in Kraft getreten sind, sodann die *Neustrukturierung und Modernisierung des Handelsregisterrechts* mit Inkrafttreten am 1. Januar 2021.

Aber auch an zahlreichen anderen Orten sind Änderungen erfolgt:

- im Gesellschaftsrecht bei der Kollektivgesellschaft, der Kommandit AG, der GmbH und der Genossenschaft sowie bei Verein und Stiftung;
- im übrigen OR bei der kaufmännischen Buchführung und Rechnungslegung und bei weiteren Transparenzregeln sowie im Wertpapierrecht;
- in einer Reihe weiterer Erlasse: dem FusG, der ZPO, dem SchKG, dem StGB, dem BVG, dem KAG, dem BankG und dem VAG sowie in verschiedenen Steuererlassen.

In der *Pipeline* befindet sich – in unterschiedlichen Stadien – eine Reihe weiterer gesetzgeberischer Projekte, etwa

- die Einführung von sog. Loyalitätsaktien (zu denen der Bundesrat kürzlich einen Bericht erstattet hat),
- die Regelung der Dienstleistungen von Stimmrechtsberatern,
- die Erleichterung der familieninternen Unternehmensnachfolge im Erbrecht.

Praktisch unberührt von den jüngeren gesetzgeberischen Aktivitäten blieben eigentlich nur das Personengesellschaftsrecht und das Firmenrecht.

Der permanente Wandel macht einen Autor, der sich bemüht, aktuell zu sein, laufend zum Rechtshistoriker. Diesem Umstand wird wie folgt Rechnung getragen: Das Schwergewicht der Ausführungen liegt selbstredend auf dem *geltenden Recht* (Stichtag: 1. Juli 2023), wobei für dessen Verständnis oft ein Blick auf Entstehungsgeschichte und frühere Ausgestaltungen einer Regelung geworfen wird. Steht fest, dass in absehbarer Zeit neues Recht in Kraft tritt, wird in erster Linie auf dieses abgestellt. Soweit sich darüber hinaus die Konturen künftiger Regelungen abzeichnen, wird auch dies referiert. Das Buch soll so auch eine Art *Seismograf des Schweizer Gesellschaftsrechts* sein. Um diesem Anspruch auch künftig zu genügen, sollen Aktualisierungen über die neuesten Entwicklungen informieren.

Obwohl die Judikatur- und Literaturangaben recht umfangreich sind, musste eine strenge Auswahl getroffen werden. Sie konzentriert sich – von den Klassikern abgesehen – auf das Neue und Neueste, wo auch weiterführende Angaben zu finden sind. Eine solche Selektion ist ohne Zweifel willkürlich, was Kolleginnen und Kollegen verzeihen mögen, deren Publikationen eine Nennung genauso verdient hätten wie die ausgewählten.

Einmal mehr hat mich Marcel Küchler, mit dem mich eine langjährige Zusammenarbeit verbindet, tatkräftig unterstützt durch Abklärungen und kritische Hinweise zu zahlreichen Fragen. Maya Sidler hat das Sachregister erstellt. Janina Mégroz hat einzelne Recherchen vorgenommen sowie bei der formalen Überarbeitung des Texts geholfen.

Ein grosser Dank geht an die Kollegen Lukas und Pascal Müller. Sie haben mit zahlreichen Informationen zum Handelsregister- und zum Firmenrecht sowie durch eine kritische Durchsicht und mit Ergänzungen der einschlägigen Abschnitte entscheidende Beiträge geleistet. Für wertvolle Hinweise danke ich auch den Kolleginnen und Kollegen Reto Eberle und Conrad Meyer hinsichtlich des Rechnungslegungsrechts, Sabine Kilgus

betreffend das Revisionsrecht, David Frick zum Thema Corporate Governance und Lukas Fahrländer mit Bezug auf die kapitalmarktrechtlichen Aktionärspflichten. Die steuerrechtlichen Ausführungen haben Thomas Graf und Sven Kälin durchgesehen, diejenigen zum Stiftungsrecht und zu Trusts Thomas Sprecher und die zum Kollektivanlagenrecht Sandro Abegglen und Nina Bremi. Gaudenz Zindel hat die Ausführungen zum Anwaltsrecht überarbeitet. Mit Informationen, kritischen Hinweisen und Anregungen haben mich ausserdem Peter Breitschmid, Andreas Donatsch, Catherine Grun, András Gurovits, Daniel Lengauer, Ernst Schmid und Rudolf Tschäni unterstützt. Ihnen allen danke ich herzlich, ebenso den vielen weiteren Kolleginnen und Kollegen aus Wissenschaft und Praxis, die bereitwillig als Informanten oder Diskussionspartner zur Verfügung standen.

Ein ganz besonderer Dank geht an Mirjam Dietrich, die nicht nur engagiert und geduldig immer wieder neue Textversionen zu Papier gebracht, sondern auch manche Unstimmigkeiten ausgemerzt hat.

Danken möchte ich schliesslich den Betreuern vom Verlag Stämpfli, besonders Herrn Hirt, für ihr grosses Engagement und ihre Flexibilität.

Wie immer: Für Fehler und Ungereimtheiten trage ich allein die Verantwortung.

Zum Abschluss noch der obligate Hinweis: Wird die männliche oder die weibliche Form gewählt, dann ist – wenn sich nicht aus dem Zusammenhang etwas anderes ergibt – das andere Geschlecht mitgemeint, and everybody beyond ebenfalls!

Zürich, im Juli 2023

Peter Forstmoser

Inhaltsübersicht

Vorv	vort	V						
Inhal	haltsverzeichnis							
Abki	ürzungs- und Materialienverzeichnis	XLI						
	veise zur Arbeit mit Literatur, Judikatur und Mustertexten zum Gesellschaftsrecht	LXI						
Liter	LiteraturverzeichnisLXI							
Vorb	bemerkungen zur Arbeit mit diesem Buch	1						
Allg	emeiner Teil							
§ 1	Der Begriff der Gesellschaft	3						
§ 2	Körperschaftlich und rechtsgemeinschaftlich strukturierte Gesell-							
	schaften	47						
§ 3	Personenbezogene und kapitalbezogene Gesellschaften	97						
§ 4	Wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Zweckverfolgung							
	mit oder ohne kaufmännisches Unternehmen	117						
§ 5	Unternehmen und Unternehmensrecht	145						
§ 6	Das Handelsregister	159						
§ 7	Die Firma	189						
§ 8	Buchführung, Rechnungslegung und Publizität, nichtfinanzielle							
	Berichterstattung	225						
§ 9	Die Handlungsvollmachten	271						
§ 10								
	rechts	289						
Besc	onderer Teil							
§ 11	Vorbemerkungen	369						
§ 12	Die einfache Gesellschaft	377						
§ 13	Die Kollektivgesellschaft	413						
§ 14	Die Kommanditgesellschaft	437						
§ 15	Die stille Gesellschaft	453						
§ 16	Die Aktiengesellschaft	467						
	Die Kommanditaktiengesellschaft	719						
	Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung	729						
-	Die Genossenschaft	763						
U	Der Verein	801						

Inhaltsübersicht

§ 21	Die privatrechtlichen Körperschaften des kantonalen Rechts	823
§ 22	Gesellschaftsrechtliche Formen der kollektiven Kapitalanlage	831
§ 23	Die Unternehmensstiftung als Organisationsform mit gesellschafts- ähnlicher Funktion	865
§ 24	Die Behandlung von gegliederten und verbundenen Unternehmen: Zweigniederlassung, Konzern und Holdinggesellschaft	877
§ 25	Umstrukturierungen	909
§ 26	Exkurs: Der Einzelkaufmann	943
	Anhänge	951
	Sachregister	953

Inhaltsverzeichnis

Vor	bemer	kung	en z	ur Arbe	it mit diesem Buch	1
Allg	gemei	ner '	Гeil			
§ 1	Der	Begr	iff d	er Gese	ellschaft	3
3 -	I.				Ift als Personenvereinigung	4
		1.			ng gegenüber Vermögenszusammenfassungen	4
		2.			dernis der Beteiligung einer Mehrheit von	•
					and seine Relativierung	4
			a)		estzahl	4
			α,		Die klassische Ordnung für die Gründung von	•
					Gesellschaften	4
					Die Gründung von Einpersonengesellschaften	-
					nach geltendem Recht	5
					Mindestzahl für den Weiterbestand	5
				/	Sinn und Problematik von	
					Einpersonengesellschaften	6
			b)		hiedenheit des persönlichen Substrats	6
					Natürliche und juristische Personen als	
					Gesellschafter	6
				bb) 1	Nur natürliche Personen als Gesellschafter	7
				cc) A	Auch Personengesamtheiten ohne eigene	
				I	Rechtspersönlichkeit als Gesellschafter	7
	II.	Die	ver	traglich	e Basis	8
		1.	Ab	grenzui	ng zu den auf gesetzlicher Grundlage beruhenden	
			sch	lichten	Interessengemeinschaften	9
			a)	Die E	rbengemeinschaft (ZGB 602)	9
			b)	Die ge	esetzliche Bruchteilsgemeinschaft	10
			c)	Die G	läubigergemeinschaft im Konkurs (SchKG	
					£, 252 ff.)	10
			d)		emeinschaft der Gläubiger bei	
				Anlei	hensobligationen (OR 1157 ff.)	10
			e)		emeinschaft der Inhaber von Genussscheinen	
					557 IV)	11
		2.			ung gegenüber öffentlich-rechtlichen	
			Pei		erbindungen	11
			a)		Interschied	11
			b)		tlich-rechtliche Körperschaften	12
			c)		schtwirtschaftliche Unternehmen	16
			d)		er Erfüllung öffentlicher Aufgaben betraute	
					e Rechtsträger	18
			e)	Exkur	s: Privatisierung öffentlicher Aufgaben	19

		3. Die fehlerhafte Gesellschaft	20
		a) Fehlen eines gültigen Gesellschaftsvertrags	20
		b) Vertrauensschutz zugunsten des Rechtsverkehrs	20
			21
			21
			23
			25
	III.		26
	111.		26
			26 26
			20 27
		Weitgehende Freiheit in der Ausgestaltung der Beitrags-	- /
			28
		, 8	28
		b) Unterschiedliche Beteiligung am Erfolg und	30
		ϵ	29
			30
			31
			32
			33
		6. Abgrenzung gegenüber vertraglich begründeten	
		privatrechtlichen Personenverbindungen, die nicht	
			37
			38
			38
		c) Personenvereinigungen im Sachenrecht	38
		d) Abgrenzung	39
		e) Exkurs: Verbindung von gesellschaftsrechtlichen	
		und schuldvertraglichen Beziehungen	40
			40
			41
		a) Verbot der Verfolgung widerrechtlicher und	
		· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	41
		b) Ursprüngliche und nachträgliche Widerrechtlichkeit	
			42
		c) Anfall des Gesellschaftsvermögens an das	_
		,	43
	IV.	Zusammenfassender Rückblick auf die Elemente des	
	1 7 .		14
	V.		45
	٧.	Der Geschschaftsbegriff des internationalen i fivancents	ŧ.J
§ 2		perschaftlich und rechtsgemeinschaftlich strukturierte	
			47
	I.		47
	II.	1	49
		1. Die Körperschaften als juristische Personen	49

	2.	Die	Rechtsnatur der juristischen Personen	50
		a)	Die Fiktionstheorie	50
		b)	Die Realitätstheorie	51
		c)	Exkurs: Die Gesellschaft als nexus of contracts	52
		d)	Das heute geltende Recht	53
			aa) Die Rechtsfähigkeit	53
			bb) Die Handlungsfähigkeit	56
			cc) Die unterschiedlichen Bedeutungen des	
			Organbegriffs; faktische Organe	57
			dd) Exkurs: Die strafrechtliche Deliktsfähigkeit	60
			ee) Der Durchgriff als Ausnahme vom Grundsatz	
			der Selbständigkeit der juristischen Person	63
	3.	Abs	grenzung der Körperschaften gegenüber den Anstalten	
			v. Stiftungen	66
		a)	Übersicht	66
		b)	Die Grenzziehung gegenüber den Stiftungen	
			im Besonderen	67
		c)	Annäherungen von Körperschaften an die Anstalt	
			in der Rechtspraxis	68
III.	Die	Rec	htsgemeinschaften	69
	1.		rkmale	69
	2.	Art	en	72
IV.	Die	hau	ptsächlichen Unterschiede zwischen Gesellschaften	
	mit	körp	perschaftlicher und solchen mit rechts-	
	gen	neins	schaftlicher Struktur	74
	1.	Übe	ersicht	74
	2.	Das	s Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Mitgliedern	75
	3.		Rechtsverhältnisse am Gesellschaftsvermögen	77
		a)	Rechtszugehörigkeit	77
		b)	Haftung für Gesellschaftsschulden	77
	4.	Die	Organisation	80
		a)	Allgemeines	80
		b)	Willensbildung	81
		c)	Geschäftsführung und Vertretung	83
			aa) Geschäftsführung im weiteren Sinn	83
			bb) Geschäftsführung im engeren Sinn	83
			cc) Vertretung	83
			dd) Terminologie des Gesetzes	84
		d)	Zum Verhältnis von Geschäftsführung und	
			Mitgliedschaft	84
			aa) Selbstorganschaft	84
			bb) Drittorganschaft	85
	5.	Ges	sellschaftsvertrag und Statuten	86
		a)	Funktionen	86
		b)	Inhaltliche Voraussetzungen	88
		c)	Formelle Voraussetzungen	90

	V.	Die 1.	Relativität der Unterscheidung	90
		1.	gemeinschaft durch den Gesetzgeber	91
				91
				91
			gesellschaftsrechts an das Recht der Körperschaften	91
			b) Annäherung des Rechts der GmbH an das Recht	02
		2	der Rechtsgemeinschaften	92
		2.	Milderung des Gegensatzes in der konkreten	02
			gesellschaftsvertraglichen Ausgestaltung	92
			a) Rechtsgemeinschaftliche Elemente bei	0.2
			personalistischen Aktiengesellschaften	93
			b) Körperschaftliche Elemente bei	0.4
		•	Kommanditgesellschaften	94
		3.	Die (begrenzte) Bedeutung der Strukturverschiedenheit	
			für die Rechtsfindung	94
§ 3	Pers	onen	bezogene und kapitalbezogene Gesellschaften	97
	I.	Übe	ersicht	97
	II.	Geg	genüberstellung personenbezogener und kapital-	
		bez	ogener Strukturelemente	99
		1.	Welches ist der massgebende Gesichtspunkt	
			der Unterscheidung?	99
		2.	Übersicht über die rechtlich relevanten Unterschiede	
			bezüglich der Mitgliedschaft im Einzelnen	99
		3.		01
				01
				02
		4.		04
		5.		05
				05
			,	05
			bb) Grundsatz der festen Mitgliederzahl bei	
			·	05
			cc) Grundsatz von Ein- und Austritt bei	
			,	06
			b) Kapitalbezogene Gesellschaften: grundsätzlich	
			,	06
		6.		07
		7.		08
		, .		08
				08
				08
				09
				09
			,	09

XV

	III.	Per	sone	enbezogene und kapitalbezogene Elemente im Recht	
		der	einz	zelnen Gesellschaftsformen	110
		1.	Die	e Ausgestaltung gesetzlicher Mischformen	110
			a)	Die GmbH	110
				aa) Das gesetzliche Modell	111
				bb) Statutarische Variationsmöglichkeiten	111
			b)	Die Kommandit-AG	112
		2.	Zul	lassung personenbezogener Elemente im Recht der AG	113
			a)	Die Stimmrechtsaktie	113
			b)	Die vinkulierte Namenaktie	114
		3.		e kapitalbezogene Kommanditgesellschaft	115
	IV.	Die	per	sonenbezogenen Körperschaften im Besonderen	116
§ 4				he und nicht wirtschaftliche Zweckverfolgung mit	
	oder	ohn	e kai	ufmännisches Unternehmen	117
	I.			ht	117
	II.	Beg		und Arten wirtschaftlicher Zweckverfolgung	120
		1.		s heisst wirtschaftlicher Zweck?	120
		2.		dzweck, (unmittelbarer) Zweck und Gegenstand	120
		3.		werbsgesellschaften und Genossenschaften	123
		4.		enzziehung zwischen Gesellschaften mit wirtschaftlicher	
				d solchen mit nicht wirtschaftlicher Zielsetzung	124
			a)	Die grundsätzliche Ordnung im Personenrecht	124
			b)	Zulässigkeit nicht wirtschaftlicher Zwecke	
				bei Gesellschaften, die für wirtschaftliche	105
			,	Zwecke konzipiert sind	125
			c)	Darf ein Verein auch wirtschaftliche Zwecke	126
				verfolgen?	126
				aa) Das gesetzliche Verbot wirtschaftlicher	126
				Zielsetzung	126
				bb) Die Duldung wirtschaftlicher Zweckverfolgung in der Praxis	126
				cc) Entschärfung der Problematik im geltenden	120
				Recht	128
				dd) Unternehmerische Tätigkeit und Erstreben	
				wirtschaftlicher Vorteile für Nichtmitglieder	128
			d)	Ausschliesslich wirtschaftliche Zielsetzung der	
				Rechtsformen des Kollektivanlagengesetzes	129
	III.	Dei	r Beş	griff des (kaufmännischen) Gewerbes und seine	
		Bed		ung	130
		1.	De	r Begriff	130
			a)	Allgemeines	130
			b)	Wirtschaftliche Tätigkeit	131
			c)	Selbständigkeit	131
			d)	Dauer	132
			e)	Handels-, Fabrikations- und andere nach	100
				kaufmännischer Art geführte Gewerbe	133

			f) Kein Erfordernis einer Gewinnabsicht	134
			g) Mindestumsatz	134
			h) Abgrenzungen	135
			i) Exkurs: Die Bedeutung des Begriffs des	
			kaufmännischen Unternehmens für die Pflicht	
			zum Handelsregistereintrag	136
		2.	Die Wahl der Gesellschaftsform für die Führung eines	
			kaufmännischen Unternehmens	136
			a) Darf eine einfache Gesellschaft ein kaufmännisches	
			Unternehmen betreiben?	137
			aa) Das gesetzliche Verbot	137
			bb) Von Praxis und Lehre geduldete Ausnahmen	138
			b) Eignung aller anderen Gesellschaftsformen zur	150
			Führung eines kaufmännischen Unternehmens	139
			aa) Handelsgesellschaften	140
			bb) Vereine	140
			cc) Genossenschaften	140
	IV.	Die	e Verwendungsmöglichkeiten der verschiedenen	140
	1 V .		sellschaftsformen unter dem Gesichtspunkt der Zweck-	
			folgung und des Betriebes eines kaufmännischen	
			ternehmens	141
		1.	Wirtschaftliche Zweckverfolgung mittels eines	171
		1.	kaufmännischen Unternehmens	141
		2.	Wirtschaftliche Zweckverfolgung ohne	141
		۷.	kaufmännisches Unternehmen	142
		3.	Nicht wirtschaftliche Zweckverfolgung ohne	142
		3.	kaufmännisches Unternehmen	142
		4.	Nicht wirtschaftliche Zweckverfolgung mit	142
		⊣.	kaufmännischem Unternehmen	142
		5.	Überblick	143
	V.	-	kurs: Die Problematik der vom Gesetzgeber	143
	٧.			1/2
		VOI	genommenen Unterscheidungen	143
C E	T T4	1		1 4 5
§ 5			men und Unternehmensrecht	145
	I.		sätze eines Unternehmensrechts im schweizerischen Recht	145
	II.		e Unternehmensverfassung in der schweizerischen	1.4.0
	TTT		chtsordnung?	146
	III.		Einheitsbehandlung des Unternehmens	148
		1.	Das Problem	148
		2.	Ansätze zu ganzheitlichen Lösungen	148
			a) Gesetzliche Regelung von Einzelfragen	148
			b) Die Möglichkeit einer obligatorischen, nicht aber	1.40
			einer umfassenden dinglichen Einheitsbehandlung	149
			c) Auswege in der Praxis	150
			d) Die Möglichkeit der Übertragung eines Vermögens	
			nach Fusionsgesetz	152

		e) Exkurs 1: Das Unternehmen in der Zwangs-	
		vollstreckung	153
		f) Exkurs 2: Das Unternehmen im Erbrecht	153
	IV.	Der Unternehmensbegriff im Dienste der Abgrenzung	
		zwischen Zivilrecht und Handelsrecht	155
	V.	Exkurs: Der Unternehmensbegriff in anderen Rechtsgebieten	156
§ 6	Das	Handelsregister	159
_		Vorbemerkungen zur Rechtsentwicklung	159
	I.	Rechtsgrundlagen	162
	II.	Merkmale und Funktionen	163
		1. Die Publizitätsfunktion	163
		2. Weitere Funktionen des Handelsregisters	164
		a) Anknüpfungs- und Rechtsdurchsetzungsfunktion	164
		b) Identifikationsfunktion	164
		3. Öffentlichkeit des Handelsregisters	165
		4. Beglaubigungen und elektronischer Geschäftsverkehr	166
	III.	Organisation und Verfahren	167
		1. Anlage des Handelsregisters	167
		2. Führung und Beaufsichtigung des Handelsregisters	
		sowie Beschwerdeführung	168
		3. Prüfungspflicht des Handelsregisteramtes	169
		a) Anmeldungsprinzip	169
		b) Prüfung der Gesetzmässigkeit	170
		aa) Prüfung der formellen und registerrechtlichen	
		Voraussetzungen	170
		bb) Prüfung der materiell-rechtlichen	
		Voraussetzungen	171
		c) Zur Prüfung der Richtigkeit der gemachten	
		Angaben	173
		d) Besondere Prüfungsaufgaben	174
		e) Exkurs: Verhinderung der Eintragung durch	
		Massnahmen Dritter	175
		f) Vorgehen bei Organisationsmängeln	176
	IV.	Der Handelsregistereintrag	176
	V.	Wirkungen der Eintragung	179
		1. Die zu schützenden Interessen	179
		2. Deklaratorische und konstitutive Wirkung	180
		3. Heilende Wirkung	181
		4. Das Publizitätsprinzip	182
		5. Zur Frage des öffentlichen Glaubens des Handels-	
		registers	183
		6. Nebenwirkungen	184
		7. Beginn der Eintragungswirkungen	185
	VI.	Die Löschung und ihre Wirkung	185

§ 7	Die .	Firm	na
			Vorbemerkungen zur Rechtsentwicklung 1
	I.	De	finition, Funktionen und Abgrenzungen 1
		1.	Definition
			a) Die Firma als Name
			b) Die Firma als Name eines Unternehmensträgers,
			einer Handelsgesellschaft bzw. einer Genossenschaft 1
			c) Die Firma als im Handelsverkehr verwendeter Name 1
		2.	Abgrenzungen
			a) Der Name von Vereinen und Stiftungen sowie von
			Körperschaften des öffentlichen Rechts 1
			b) Die Geschäftsbezeichnung 1
			c) Die Enseigne
			d) Die Marke 1
			e) Der Domain-Name
			aa) Begriff und Vergabemodalitäten 1
			bb) Schutz gegen die Verwendung von Domain-
			Namen 1
		3.	Funktionen
	II.	Bes	standteile der Firma
		1.	Der Kern der Firma
		2.	Notwendige Zusätze 1
		3.	Freiwillige Zusätze
		4.	Exkurs: Die Unternehmens-Identifikationsnummer
			als Mittel zur eindeutigen Identifizierung
			der Unternehmen
	III.	Grı	undsätze der Firmenbildung2
		1.	Firmenfreiheit oder Firmenstrenge?
			a) Das Problem
			b) Lösungsmöglichkeiten
			c) Die Umsetzung in der Schweiz
			d) Übersicht über die Schranken der Firmenbildung 2
		2.	Der Schutz öffentlicher Interessen
			a) Überblick
			b) Das Täuschungsverbot
			c) Das Wahrheits- und das Klarheitsgebot
			d) Weitere öffentliche Interessen
			aa) Nationale, territoriale und regionale
			Bezeichnungen2
			bb) Spezialgesetzliche Schranken
			cc) Firmensprache und -schreibweise
			dd) Firmengebrauchspflicht und Verwendung
			von Kurzbezeichnungen
		3.	Der Schutz privater Interessen
			a) Das Ausschliesslichkeitsrecht bisheriger Firmen-
			inhaber
			aa) Funktion

		bb) Deutliche Unterscheidbarkeit	211
		cc) Verbot identischer Firmen	212
		dd) Der geografische Schutzumfang	213
		b) Massstäbe für den gerichtlichen Ermessensentscheid	214
		c) Beispiele und Hinweis auf Entwicklungstendenzen	216
		d) Praktische Hinweise	219
	IV.	Schutz der Firma	220
		Schutzbehelfe im Firmenrecht	220
		2. Schutzbehelfe ausserhalb des Firmenrechts	221
§ 8		nführung, Rechnungslegung und ihre Publizität, nichtfinanzielle	
	Beri	chterstattung	225
	I.	Buchführung und Rechnungslegung im Allgemeinen	227
		Rückblick auf die Rechtsentwicklung	227
		2. Zweck und Funktionen der Buchführung und	
		Rechnungslegung	227
		a) Informations- und Schutzfunktion	228
		b) Hilfsmittel für die Leitung des Unternehmens	228
		c) Information für die am Unternehmen Beteiligten	229
		d) Schutz Aussenstehender	229
		e) Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kapital-	
		anleger und der Allgemeinheit	231
		3. Adressaten der Pflicht zur Buchführung und	
		Rechnungslegung	233
		4. Dokumente der Buchführung und Rechnungslegung	234
		a) Überblick	234
		b) Geschäftsbücher	234
		c) Geschäftsbericht	234
		d) Jahresrechnung	235
		aa) Bilanz	235
		bb) Erfolgsrechnung	237
		cc) Anhang	238
		dd) Geldflussrechnung	239
		e) Lagebericht	240
		f) Konzernrechnung	240
		g) Zwischenabschlüsse	241
	II.	Formelle und materielle Buchführungsgrundsätze	242
	III.	Formelle und materielle Rechnungslegungsgrundsätze	244
		1. Grundlagen der Rechnungslegung	244
		a) Überblick über die Regelung	244
		b) Prinzip des going concern bei der Bewertung	245
		c) Periodenabgrenzung	245
		d) Umrechnung von Fremdwährungen	245
		e) Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung	246
		f) Einschränkungen des Wahrheitsprinzips, stille	0
		Reserven	248
		110001 7 011	∠ ⊤∪

			g) Zeitliche Vorgaben	251
			h) Unterzeichnung und Aufbewahrung	251
			i) Keine allgemeine Offenlegungspflicht, Ausnahmen	252
		2.	Die Jahresrechnung	252
		3.	Besonderheiten für grössere Unternehmen	253
		4.	Abschluss nach einem anerkannten Standard zur	
			Rechnungslegung	253
			a) Anwendungsbereich sowie Bedeutung privater und	
			internationaler Regelwerke	253
			b) Swiss GAAP FER als nationaler	
			Rechnungslegungsstandard	255
			c) Internationale Standards	256
			d) Weitere Anforderungen	259
		5.	Konzernrechnung	259
		•	a) Anwendungsbereich der Konzernrechnungspflicht	259
			b) Möglichkeit der Übertragung der	
			Konzernrechnungspflicht	261
			c) Befreiung von der Konzernrechnungspflicht	261
			d) Konzernrechnungspflicht nach anerkanntem Standard	262
			e) Offenlegung der Beteiligungsverhältnisse	262
			f) Informationsrechte im Konzern	263
	IV.	Puł	blizitätspflichten der Publikumsgesellschaften	263
	1 7 .	1.	Abgrenzung	263
		2.	Regelpublizität	263
		3.	Anlassbezogene Publizität	265
		<i>3</i> .	Publizität über nichtfinanzielle Belange, insb.	203
		٦.	Nachhaltigkeitsberichterstattung	266
		5.	Übersicht zu den Berichterstattungspflichten	268
	V.	-	kurs: Gesellschafterverzeichnisse	269
	٧.	1.	Verzeichnisse der formell als Gesellschafter Berechtigten	269
		2.	Verzeichnisse der bedeutenden wirtschaftlich berechtigten	209
		۷.	Personen	270
			reisonen	270
c o	D:-	T T	II II I	271
§ 9			dlungsvollmachten	271
	I.		ersicht	271
	II.		Prokura	272
		1.	Der gesetzliche Umfang der Vertretungsmacht	272
			a) Grundsätzlich umfassende Vertretungsmacht	272
		2	b) Die Schranken	273
		2.	Die Möglichkeit gewillkürter Beschränkung	27-
		2	der Vertretungsmacht	275
		3.	Die Ausübung der Prokura	277
		4.	Die Entstehung	277
		5.	Die Beendigung	279
		6.	Haftung für deliktisches Verhalten	279

	III.	e e e e e e e e e e e e e e e e e e e	79
			79
		8 8	80
			80
		, ,	81
			82
		3. Die Möglichkeit gewillkürter Beschränkung	
		E .	83
			83
			84
		, 8	84
			85
	IV.	Exkurs: Geschäftsführende Gesellschafter,	
			85
		 Geschäftsführende Gesellschafter und Mitglieder 	
		des Verwaltungsrats	85
			86
	V.		87
		1. Die hierarchische Stellung von Prokuristen	87
		2. Die Praxis der Reduktion der Registereinträge	
		bei Grossunternehmen 28	87
§ 10	Zur (Geschichte und Zukunft des schweizerischen Gesellschaftsrechts 28	89
			89
	I.		91
		1. Die Grundformen der römisch-rechtlichen	
		Personenvereinigungen: societas und universitas	91
		2. Die gesellschaftlichen Grundformen des deutschen Rechts:	
			92
	II.	1	93
			93
		Einige bedeutende Entwicklungsabschnitte in der	
			93
			94
	III.		95
	111.		95
			96
			97
		4. Die Revision des Gesellschaftsrechts	,,
			97
	IV.		91 99
	1 V .		99 99
			99 99
			99 02
		4. Die Aufnahme des revidierten Rechts in der Praxis 30	02

	5.	Exkurs: Nachbesserungen, insbesondere	
		bei Gelegenheit der GmbH-Reform	303
	6.	Die Bedeutung früheren Rechts sowie früherer	
		Lehre und Praxis	304
V.		Gesetzgebung seit Abschluss der Aktienrechtsreform	
	196	8/1991	304
	1.	Der Ausgangspunkt: Der Bericht der Groupe	
		de réflexion «Gesellschaftsrecht»	304
	2.	Parlamentarische Vorstösse	306
	3.	Revision des Anlagefondsgesetzes	307
	4.	Erlass eines schweizerischen Börsengesetzes	307
	5.	Kontrolle für grössere Unternehmenszusammenschlüsse	308
	6.	Erleichterung von Umstrukturierungen	308
	7.	Teil- und Totalrevision des Buchführungsrechts	309
	8.	Revision des Stiftungsrechts	309
	9.	Totalrevision des Rechts der GmbH	310
	10.	8	
		des Revisionsrechts	310
		Detailpflege im Handelsregister- und im Firmenrecht	312
		Detailpflege im Körperschaftsrecht	312
	13.	Ablösung des Anlagefondsgesetzes durch das Kollektiv-	
		anlagengesetz	312
	14.	Transparenz der Saläre an der Unternehmensspitze	
		von Publikumsgesellschaften	313
	15.	«Say-on-Pay» der Aktionäre in Gesellschaften	
		mit kotierten Aktien	313
	16.	Umsetzung internationaler Empfehlungen zur Bekämpfung	
		der Geldwäscherei und der Steuerhinterziehung	314
		Total revidiertes Rechnungslegungsrecht	316
		Einführung eines schweizerischen Trusts?	316
	19.	Rechtliche Grundlagen für die Technik verteilter	
		elektronischer Register	317
		Detailpflege im Stifungsrecht	318
		Digitalisierung als Querschnittmaterie	318
VI.	Die	Aktienrechtsreform 2005/2020 insbesondere	318
	1.	Gang der Reformarbeiten und Inkraftsetzung	320
	2.	Grundentscheidungen	321
	3.	Flexibilisierung der Grundkapitalbasis und verstärkter	
		Vermögensschutz	323
	4.	Stärkung der Stellung der Aktionäre	323
	5.	Die Organe und ihr gegenseitiges Verhältnis	324
		a) Kompetenzverschiebungen weg vom Verwaltungs-	
		rat und hin zur Generalversammlung	324
		b) Überarbeitung und Modernisierung der Regeln	
		für die Generalversammlung	324

		c)	Vorschläge für den Verwaltungsrat	325
		d)	Wenige Änderungen für die Revisionsstelle	325
	6.	Áu	fgreifen gesellschaftspolitischer Themen	325
	7.		irdigung	326
	8.		ch der Reform ist vor der Reform	326
VII.	Ein		s des neueren Finanzmarktrechts auf das Gesellschafts-	
	recl	ht		327
	1.		s Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG)	327
	2.		s Finanzdienstleistungs- und das Finanzinstituts-	
			setz (FIDLEG und FINIG)	328
VIII.	Mö	glicl	he künftige Reformen	329
IX.			zen in der wirtschafts- und gesellschaftsrechtlichen	
			gebung der neueren Zeit	330
	1.	Bes	schleunigter Wandel	331
	2.		hmengesetzgebung und Selbstregulierung	332
		a)	Die Tendenz zur Rahmengesetzgebung	332
		b)	Vermehrte Selbstregulierung	333
	3.	,	chtsformübergreifende Regelungen	334
	4.		twicklung eines Sonderrechts für Publikums-	
	••		sellschaften	335
	5.		uckepackverfahren» und «überrollende» Gesetzgebung	336
	6.		-Kompatibilität und allgemeine Anpassung	550
	٥.		internationale Standards	338
		a)	Anpassung an das Recht der EU	338
		b)	Beachtung ausländischer und internationaler Standards	340
	7.	,	rporate Governance als Richtschnur für Selbst-	5 10
	, -		ulierung und Gesetzgebung	341
		a)	Der Begriff und seine Aktualität	341
		b)	Selbstregulierung für Publikumsgesellschaften	342
		c)	Weitere Anstrengungen	346
		d)	Gesetzgeberische Aktivitäten und öffentliche	5.10
		u)	Diskussion	348
		e)	Exkurs: Der «Sinn» (purpose) der Tätigkeit von	5.10
		٠,	Grossunternehmen	349
	8.	Die	gitalisierung	349
	9.		nehmende wirtschaftliche Betrachtungsweise	3 17
	٠.		Gesellschaftsrecht	352
	10.		swirkungen der «Gatekeeper-Gesetzgebung»	332
	10.		Cas Gesellschaftsrecht	354
	11		s Gesellschaftsrecht als Vehikel zur Umsetzung	55.
			sellschaftspolitischer Anliegen	355
		a)	Kampf gegen übersetzte Saläre an der Spitze	
)	von Publikumsgesellschaften	356
		b)	Geldwäscherei- und Korruptionsbekämpfung	356
		c)	Geschlechterrichtwerte für die Leitungsorgane	220
		-)	von Publikumsgesellschaften	357

XXIII

		d) Exkurs: Corporate Social Responsibility (CSR) und Environmental Social Governance (ESG): Soziale und ökologische Verantwortung von (Gross-)Unternehmen	359
		e) ESG, CSR und Nachhaltigkeit als «Buzzwords»	337
		der letzten zwei Jahrzehnte	363
		12. Ausbau der nichtfinanziellen Berichterstattung	364
		13. Zunehmende Pönalisierung	364
	X.	Der künftige Stellenwert des Gesellschaftsrechts	366
Beso	nder	er Teil	
§ 11	Vorb	pemerkungen	369
U	I.	Der Numerus clausus zulässiger Gesellschaftsformen	
		im schweizerischen Recht	369
	II.	Zur Einstellung des Staates gegenüber der Gründung	
		von Gesellschaften	373
		1. Das System der freien Gesellschaftsbildung	373
		Das System der Normativbestimmungen	374
		3. Das Konzessionssystem	375
		4. Das Octroisystem	375
		5. Exkurs: Wechsel der Rechtsform	375
§ 12	Die e	einfache Gesellschaft	377
	I.	Die Zielsetzung des Gesetzgebers	378
	II.	Begriff und Merkmale	379
		1. Die einfache Gesellschaft als personenbezogene	
		Organisationsform	379
		2. Die einfache Gesellschaft als Rechtsgemeinschaft	380
		3. Die Zielsetzung der einfachen Gesellschaft und die Be-	
		schränkung in der Führung kaufmännischer Unternehmen	383
		4. Die Haftung für Gesellschaftsschulden	384
		5. Die einfache Gesellschaft als Subsidiärform	385
	III.	Das Innenverhältnis	386
		1. Die Beitragsleistungen	386
		2. Der Anteil an Gewinn und Verlust	389
		3. Die Gesellschaftsbeschlüsse	390
		4. Die Geschäftsführung	391
		5. Das Einsichtsrecht des von der Geschäftsführung	202
		ausgeschlossenen Gesellschafters	393
	13.7	6. Die Treuepflicht des Gesellschafters	394
	IV.	Das Aussenverhältnis	394
		Die Vertretung der Gesellschaft bzw. der Gesellschafter.	204
		der Gesellschafter	394
		2. Die Haftung	396
		3. Fehlen einer Firma und eines Sitzes	397

	V.	Ent	stehung, Beendigung und Gesellschafterwechsel	398
		1.	Die Entstehung	398
		2.	Die Beendigung	400
		3.	Der Gesellschafterwechsel	404
	VI.	Zur	praktischen Bedeutung	408
	VII.		htsfortentwicklung	411
§ 13	Die I	Kolle	ktivgesellschaft	413
C	I.		Zielsetzung des Gesetzgebers	414
	II.		griff und Merkmale	414
		1.	Die Kollektivgesellschaft als personenbezogene	
			Organisationsform	414
		2.	Die Kollektivgesellschaft als nach aussen hin	
			verselbständigte Gesamthandsgemeinschaft	415
		3.	Die Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke	418
		4.	Die Führung eines kaufmännischen Unternehmens	418
		5.	Die Haftung für Gesellschaftsschulden	419
	III.		Innenverhältnis	421
	111.	1.	Die Rechtsgrundlagen	421
		2.	Die Beitragsleistungen	421
		3.	Der Anteil an Gewinn und Verlust	421
		4.	Die Gesellschaftsbeschlüsse	422
		4 . 5.	Die Geschäftsführung	422
		5. 6.	Das Einsichtsrecht des von der Geschäftsführung	722
		0.		423
		7	ausgeschlossenen Gesellschafters	423
	13.7	7.	Die Treuepflicht der Kollektivgesellschafters Aussenverhältnis	423
	IV.			424
		1.	Die Verselbständigung der Gesamthandschaft	42.4
		2	nach aussen hin	424
		2.	Die Vertretung der Gesellschaft	424
		3.	Die Haftung	426
		4.	Firma und Sitz	426
	V.		stehung, Beendigung und Gesellschafterwechsel	427
		1.	Die Entstehung	427
		2.	Die Beendigung	430
		3.	Der Gesellschafterwechsel	433
	VI.		wirtschaftlichen Bedeutung	434
	VII.	Rec	htsfortentwicklung	435
§ 14	Die I		nanditgesellschaft	437
	I.		Zielsetzung des Gesetzgebers	437
	II.	Beg	griff und Merkmale	438
		1.	Die Kommanditgesellschaft als Verbindung von zwei	
			verschiedenartigen Gruppen von Gesellschaftern	438
		2.	Die Kommanditgesellschaft als grundsätzlich	
			personenbezogene Organisationsform	439

		3. Die Kommanditgesellschaft als nach aussen	
			440
		č č	441
			441
			441
	III.		442
			442
			443
			443
			443
			443
			445
			447
			447
			448
			448
	IV.		448
	V.		449
	VI.		450
	VII.		451
§ 15	Die s		453
	I.	Zum Fehlen einer gesetzlichen Regelung	453
	II.	Begriff und Merkmale	454
		Die stille Gesellschaft als Gesellschaft	454
		2. Die stille Gesellschaft als einfache Gesellschaft	455
		3. Die stille Gesellschaft als reine Innengesellschaft	456
		4. Alleinige Verfügungsmacht des Hauptgesellschafters	
		\mathcal{E}	457
		ϵ	457
			458
	III.		458
		8 8	458
			458
			459
		C	459
			461
		1	461
	IV.		461
			461
		8	462
		3. Fehlen einer Firma; zum «Sitz» der stillen	
			462
	V.	C, & &	462
		Č	462
		8 8	463
		3. Der Gesellschafterwechsel	464

	VI.	Zur	wirt	schaf	tlichen Bedeutung	464
	VII.				wicklung	465
8 16	Die A	1ktier	19esi	ellscl	naft	467
5 10	2.01				erkungen	467
	I.	Die			ng des Gesetzgebers	471
	II.				Merkmale	474
	11.				als kapitalbezogene Organisationsform	474
		2.	Die	AG	als Körperschaft	475
			a)		ntspersönlichkeit	475
			b)		perschaftliche Struktur	475
			c)		Zulässigkeit der Ein-Personen-AG	476
		3.			ng wirtschaftlicher Zwecke, Gewinn-	470
		٥.		_	eit	477
		4.			ung eines kaufmännischen Unternehmens	478
		5.			als Grundkapitalgesellschaft	478
		٥.	a)		Terminologie des Gesetzgebers	479
			b)		enkapital und Gesellschaftsvermögen	479
			c)		Aktienkapital als Sperrquote und Sollbetrag	481
			d)		Funktionen des Aktienkapitals	487
			e)		desthöhe und Ausgestaltung des Aktien-	40/
			6)		tals; Aktienkapital in Fremdwährung	488
			Ð		atz der Kapitalaufbringung	489
			f)		· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
				aa)	Mindestkapital	490
					Verbot der Stufengründung	490
				cc)	Einzahlung auf ein Sperrkonto	490
				dd)	Vollliberierung von Inhaberaktien	490
				ee)	Vermögensschutz bei Sacheinlage- und	401
			`	G 1	(bisher) Sachübernahmegründungen	491
			g)		atz der Kapitalerhaltung	494
				aa)	Verbot der Einlagenrückgewähr	494
				bb)	Schranken für den Erwerb eigener Aktien	496
				cc)	Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit und	
					Massnahmen bei Vermögenszerfall	499
				dd)	Pflicht zur vorsichtigen Bewertung, freiwillige	
					und zwangsweise Bildung stiller Reserven	504
				ee)	Verschärfte Vorschriften zur Revision und	
					Rechnungslegung bei volkswirtschaftlich	
					bedeutenden Gesellschaften und allgemein bei	
					Publikumsgesellschaften	504
				ff)	Vorschriften zur Kapitalherabsetzung	504
			h)	Rese	ervebildungsvorschriften	505
				aa)	Allgemeines	505
					Die Konkretisierung im geltenden Recht	505
			i)	Das	allfällige Partizipationskapital	507
			j)	Exk	urs: Infragestellung des Dogmas vom starren	
				und	unabänderlichen Grundkapital	507

XXVII

	6.	Die	Zerlegung des Aktienkapitals in Teilsummen, Aktien	509
		a)	Die Aktie als Teilsumme des Aktienkapitals;	
			Zeichnung und Liberierung	509
		b)	Nennwert, Substanzwert, innerer Wert, Marktwert	
		ŕ	und «wirklicher» Wert	510
		c)	Weitere Bedeutungen des Ausdrucks «Aktie»	512
		d)	Exkurs: Infragestellung des Nennwerts	512
	7.	Die	Haftung für Gesellschaftsschulden	513
	8.	Firr	ma und Sitz	513
III.	Die		htsstellung des Aktionärs	515
	1.	All	gemeine Charakterisierung der Mitgliedschaft	515
		a)	Kapitalbezogenheit und Anonymität	515
		b)	Das Gleichbehandlungsgebot	516
		c)	Das Gebot der schonenden Rechtsausübung und	
			das Sachlichkeitsgebot	520
	2.	Die	Pflichten des Aktionärs	522
		a)	Die Liberierungspflicht	522
		b)	Fehlen weiterer Aktionärspflichten im klassischen	
			Aktienrecht	522
		c)	Kapitalmarktrechtliche Aktionärspflichten	523
			aa) Pflicht zur Offenlegung von Beteiligungen	524
			bb) Pflicht zu einem öffentlichen Kaufangebot	525
		d)	Meldepflichten zur Bekämpfung der Geldwäscherei	
			und zur Verbesserung der Steuertransparenz	528
		e)	Stimmpflicht für institutionelle Investoren	529
	3.	Die	Rechte des Aktionärs	530
		a)	Vermögensmässige Rechte	531
			aa) Übersicht	531
			bb) Das Recht auf Dividende, Rückzahlungen	
			der gesetzlichen Kapitalreserve als Alternative	531
			cc) Das Recht auf Bauzinsen	536
			dd) Das Recht auf Benutzung der gesellschaftlichen	
			Anlagen	537
			ee) Das Recht auf den Liquidationsüberschuss	537
		b)	Nicht vermögensmässige Rechte	538
		c)	Mitwirkungsrechte insbesondere	538
		d)	Schutzrechte insbesondere	540
			aa) Informationsrechte	540
			bb) Einberufungs- und Traktandierungsrechte	547
			cc) Die Anfechtbarkeit und Nichtigkeit von	
			Generalversammlungsbeschlüssen	547
			dd) Die Verantwortlichkeitsklage	552
			ee) Die Auflösungsklage	552
			ff) Die Rückerstattungsklage	554
			gg) Schutzrechte im weiteren Sinn	555
			hh) Eykura: Statutarische Schiedeklauseln	556

XXVIII

		e)	Rechte auf Beibehaltung der Beteiligungsquote	557
			aa) Grundsätzliches und Problematik	557
			bb) Das Bezugsrecht	557
			cc) Das Vorwegzeichnungsrecht	560
			dd) Kein Recht auf Beibehaltung der Höhe	
			des Aktienkapitals	561
		f)	Schuldvertragliche Beziehungen zwischen	
		,	Aktionären und ihrer Gesellschaft; Selbst- und	
			Doppelkontrahieren	561
	4.	Sch	ranken der Kapitalherrschaft und des Mehrheits-	001
	••		zips bei der AG	563
		a)	Minderheitenrechte	564
		b)	Unentziehbare und unverzichtbare Rechte	567
		c)	Möglichkeiten der Abweichung von	00,
		•)	der Zumessung der Rechte nach der Kapital-	
			beteiligung	570
			aa) Vorzugsaktien	570
			bb) Stimmrechtsaktien	571
			cc) Stimmrechtsbeschränkungen	572
	5.	Die	Verbriefung der Rechte des Aktionärs	573
	٥.	a)	Das Recht auf Verurkundung	573
		b)	Die Verurkundung in einem Wertpapier	573
		c)	Die Tendenz zur Entmaterialisierung	575
	6.	,	verb, Übertragung und Verlust der Mitgliedschaft	577
	0.	a)	Der Erwerb der Mitgliedschaft	577
		b)	Die Übertragung der Mitgliedschaft	578
		U)	aa) Grundsätzliches	578
			bb) Inhaberaktien	578
			cc) Gewöhnliche Namenaktien	579
			dd) Vinkulierte Namenaktien	580
			ee) Rektaaktien	584
			ff) Unverbriefte Aktienrechte	585
				363
			gg) Ubertragung von Bucheffekten und Wertrechten	585
			hh) Übertragung von Registerwertrechten	586
		c)	Ausschluss und Austritt von Aktionären	586
		C)	aa) Ausschluss nach klassischem Aktienrecht	586
			bb) Ausschluss und Austritt nach Spezialgesetzen	587
	7.	Con		367
	/.		ussscheine, Partizipationsscheine, igationenanleihen	588
			Genussscheine	588
		a)		588
		b)	Partizipationsscheine	591
137	D:-	c) Oraș	Obligationenanleihen und ihre Sonderarten	591
IV.			anisation der AG	393
	1.		gesetzlich vorgeschriebenen Organe und ihr Verhältnis	593
		71161	HAUUCI	177

2.	Die	Gen	eralversammlung (OR 698 ff.)	594				
	a)		Generalversammlung als «oberstes» Organ	595				
	b)		Vorbereitung und Durchführung der					
			eralversammlung	596				
	c)		Beschlussfassung	602				
	d)		rulässigkeit von Delegiertenversammlungen	606				
	e)		Rolle von Stimmrechtsberatern	607				
	f)		Ausübung des Stimmrechts durch Stell-					
			reter, besonders durch den unabhängigen					
			nmrechtsvertreter	609				
	g)		ehmigungskompetenzen und					
	<i>U</i>		sultativabstimmungen	612				
	h)		eralversammlungskompetenzen zur					
		Bestimmung von Vergütungen bei börsenkotierten						
			ellschaften	613				
3.	Der	Ver	waltungsrat (OR 707 ff.)	617				
	a)		Aufgaben des Verwaltungsrats nach					
			ositivem Gesetzesrecht	618				
		aa)	Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan	618				
		bb)	Kompetenzvermutung zugunsten des					
			Verwaltungsrats	619				
		cc)	Ermessen in der Ausübung der Kompetenzen	619				
	b)	,	ammensetzung und Grösse	619				
	c)	Möglichkeiten der Organisation der aktien-						
	-)	_	tlichen Exekutive	621				
		aa)	Die dispositive gesetzliche Ordnung	621				
		bb)		621				
		cc)	Verwaltungsratsausschüsse insbesondere	622				
	d)	,	lelegierbare und unentziehbare Kern-					
		kompetenzen des Verwaltungsrats						
		aa)	Grundlagen	624				
		bb)	Oberleitung und Festlegung der Strategie					
		,	(OR 716a I Ziff. 1)	625				
		cc)	Festlegung der Organisation					
		,	(OR 716a I Ziff. 2)	626				
		dd)	Planung, insbesondere Finanzplanung					
		,	(Ziff. 3)	626				
		ee)	Ausgestaltung des Rechnungswesens und					
		,	der Finanzkontrolle (OR 716a I Ziff. 3)	627				
		ff)	Oberaufsicht (OR716a I Ziff. 5)	627				
		gg)	Grundlegende personelle Entscheide					
		<i>UO</i>)	(OR 716a I Ziff. 4 und OR 721)	628				
		hh)	Berichterstattung an die Aktionäre					
		-,	(OR 716a I Ziff. 6)	628				
		ii)	Vertretung (OR 721)	628				
		jj)	Benachrichtigung des Gerichts bei Über-					
		33 /	schuldung (OR 716a I Ziff. 7)	629				